

## Newsletter 7

Juli 2018

Liebe Mitglieder im Landesverband, liebe Freundinnen und Freunde der Gemeinschaftsschule, liebe Gemeinschaftsschulinteressierte,

Am 5.9.18 findet die nächste Mitgliederversammlung unseres Landesverbandes statt. Für den der MV vorangehenden öffentlichen Vortrag haben wir Frau Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Susanne Thurn gewinnen können. Frau Thurn wird sich mit dem Thema „Wie gerecht ist unser Bildungssystem?“ auseinandersetzen. Wir möchten Sie schon jetzt zu diesem Vortrag einladen.

Ebenso laden wir zu unserem nächsten Elterntag ein, den wir am 1.12.18 in der Toni-Jensen-Gemeinschaftsschule in Kiel zusammen mit dem Landeselternbeirat Gemeinschaftsschule und Unterstützung durch das IQSH veranstalten werden. „Schule in der digitalen Welt“ ist das diesjährige Motto. Als Hauptreferenten haben wir Prof. Christian Filk von der Europa-Universität in Flensburg gewinnen können.

In einer vor kurzem anlässlich der Verleihung des Deutsch-Französischen Medienpreises gehaltenen Rede geißelte der Philosoph Jürgen Habermas die Mutlosigkeit der politischen Eliten in Deutschland. Er warf diesen vor, „statt langfristig zu denken, im Sog eines kleinmütigen, demoskopisch gesteuerten Opportunismus kurzfristiger Machterhaltung zu versinken.“ Diese Aussage war zwar auf die Europapolitik bezogen, sie trifft aber auch auf die von der Landesregierung betriebene Rückentwicklung des Schulsystems in Schleswig-Holstein zu. Einige wichtige Presseerklärungen von uns dazu sind in diesem Newsletter zu finden.

Dieter Zielinski

### IN DIESEM NEWSLETTER

Vortrag Bildungsgerechtigkeit 2/3	
Mitgliederversammlung 2018	4
Elterntag 2018	5
PE Lehrkräftebildungsgesetz	6
PE Landesrechnungshof	7
PE Landtagsdebatte 27.4.18	8
Aufgeschnappt	9

## TERMINE

5.9.18 Öffentlicher Vortrag „Wie gerecht ist unser Bildungssystem“ und MV, Beginn 18.00, Christian-Timm-Gemeinschaftsschule Rendsburg

1.12.18 Elterntag 2018: Schule in der digitalen Welt, Beginn 9.00 Uhr, Toni-Jensen-GemS in Kiel

Impressum: GGG-Landesverband Schleswig-Holstein  
Gemeinschaftsschulverband  
c/o Dieter Zielinski  
Langeskovweg 11  
24222 Schwentental



In unserem letzten Newsletter machten wir auf die Initiative „Bildungsgerechtigkeit: Die Zeit drängt!“ aufmerksam. Am 28.5.18 hat diese Initiative ihre Petition, die von der Bundesregierung, der Kultusministerkonferenz und den Parteien die Einrichtung eines Bildungsrates für Bildungsgerechtigkeit fordert, mit über 5555 Unterschriften von pädagogischen Fachleuten und engagierten Bürgerinnen und Bürgern an die Adressaten übergeben.



In der anlässlich dieser Übergabe herausgegebenen Pressemitteilung heißt es: „Die Koalitionsvereinbarungen sehen die Einrichtung eines Nationalen Bildungsrates vor, der vor allem für mehr Vereinheitlichung und formale Vergleichbarkeit im Bildungssystem sorgen soll. Wir meinen: Das reicht nicht aus! Man muss das Übel der Bildungsungerechtigkeit bei der Wurzel packen! Fachleute aus ganz unterschiedlichen Bereichen müssen zusammenwirken, um ein umfassendes Konzept für Bildungsgerechtigkeit zu entwickeln. Sozialpolitik und Stadtplanung sind genauso gefordert wie Bildungspolitik und Schulentwicklung.“

Wir freuen uns, mit Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Susanne Thurn ein Mitglied aus der Initiativgruppe für die Einrichtung eines Bildungsrates für Bildungsgerechtigkeit als Referentin für einen öffentlichen Vortrag zu diesem Thema gewonnen zu haben. Sie war von 1990—2013 Leiterin der Laborschule in Bielefeld.

## „Wie gerecht ist unser Bildungssystem?“

Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Susanne Thurn

Mittwoch, den 5.9.2018  
Beginn des Vortrages: 18.00 Uhr

Christian-Timm-Gemeinschaftsschule  
Kieler Str. 27  
24768 Rendsburg

Weitere Informationen zum Vortrag siehe nächste Seite.

Susanne Thurn

## Wie gerecht ist unser Bildungssystem?

**Wir wissen:** In unserer Republik haben alle Kinder und Jugendlichen die gesetzlich verbürgte gleiche Chance, in den 16 unterschiedlich strukturierten, immer aber selektiven Bildungssystemen erfolgreich zu sein.

**Wir wissen auch:** Gerecht ist nicht, für alle Kinder und Jugendlichen die formal gleichen Bedingungen festzuschreiben, sondern jedem zu helfen, mit seinen Möglichkeiten sein Bestes zu erreichen: den leicht und schnell wie den langsam und mühsam Lernenden - den körperlich, seelisch, geistig Eingeschränkten wie den sprach-, bildungs- und erziehungsarm Aufgewachsenen - den besonders musisch, sportlich, technisch wie den rational, emotional, sozial Befähigten - den in sozial und emotional gesicherten wie den in von Armut und Not bedrohten Familien Heranwachsenden.

**Wir wissen zudem:** Zwischen dem Lern- und dem Entwicklungsalter von Kindern und Jugendlichen können bis zu vier Jahren Unterschied liegen, ohne dass wir von „Behinderung“ sprechen müssen und auch, dass Kinder voneinander so viel lernen wie von ihren Erwachsenen. Unser Bildungssystem kann all dem nicht gerecht werden, so lange der Unterricht im wesentlichen zielgleich und im Gleichschritt organisiert ist, schon junge Kinder und später fortlaufend Jugendliche nach Erfolgen in genormten Leistungstests in verschiedene Schulformen sortiert werden, statt ihre Verschiedenheit zu nutzen und sie angstfrei viel lernen zu lassen. Chancenlose Verlierer zu produzieren ist weder human vertretbar noch wirtschaftlich klug - und auch nicht, durch Normierung allzu viele Bildungsmöglichkeiten ungenutzt brach liegen zu lassen.

**Wir wissen längst:** Es gibt Antworten, wie die Verschiedenheit von Kindern und Jugendlichen genutzt werden kann, damit sie miteinander und voneinander zu ihrem je eigenen und vielfältig Bestmöglichen lernen.



**Wir wissen noch nicht,** ob es einem Bildungsrat gelingen kann, unser schwerfälliges, historisch und ideologisch belastetes System umzusteuern ... aber es lohnt sich, dafür immer wieder neu zu kämpfen - und sei es gegen Windflügel!

## Mitgliederversammlung 2018

des Landesverbandes Schleswig-Holstein der GGG - Gemeinschaftsschulverband  
Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens



**Christian-Timm-Schule**  
**Kieler Str.27**  
**24768 Rendsburg**

**Termin: Mittwoch, 5.9.2018**

**Beginn: 18.00 Uhr**

- 1. Begrüßung**
- 2. Öffentlicher Vortrag mit anschließender Diskussion zum Thema:**

**„Wie gerecht ist unser Bildungssystem?“**  
**Prof. in Dr. in Susanne Thurn**

- 3. Durchführung der Tagesordnung der Mitgliederversammlung:**

TOP 1: Begrüßung

TOP 2: Wahl der Versammlungs- und Wahlleitung

TOP 3: Genehmigung der Tagesordnung

TOP 4: Genehmigung des Protokolls der MV vom 24.5.2016 (s. Anlage)

TOP 5: Rechenschaftsbericht des Vorstandes

TOP 6: Bericht der Kassenprüfer

TOP 7: Entlastung des Vorstandes

TOP 8: Wahl eines neuen Vorstandes:

Vorsitzende(r),

stellvertretende(r) Vorsitzende(r),

Beisitzer(innen),

Kassenwart,

Kassenprüfer

TOP 8: Besprechung und Verabschiedung von Anträgen

TOP 9: Verschiedenes

# VORANKÜNDIGUNG ELTERNTAG 2018

Unter dem Motto „Schule in der digitalen Welt“ findet unser diesjähriger Elterntag am 1.12.2018 in der Toni-Jensen-Gemeinschaftsschule in Kiel statt. Als Hauptreferenten haben wir Prof. Dr. Christian Filk gewonnen. Die Einladungen zum Elterntag werden zu Beginn des Schuljahres 2018/19 verschickt.

# Save the date!

## Schule in der digitalen Welt

### Ablauf

**ab 8.00**

Ankommen bei einer Tasse Kaffee oder Tee und belegten Brötchen

**9.00 – 9.30**

Eröffnung - Begrüßung durch die Veranstalter

**9.30-10.45**

Impulsvortrag mit Aussprache:  
Prof. Dr. Christian Filk  
Europa-Universität Flensburg

**11.30-13.00**

1. Workshop-Runde

**13.00-14.00**

Mittagspause / Essen

**14.00-15.30**

2. Workshop-Runde

**15.30-16.30**

Schlussrunde / Ausklang

## Schule in der digitalen Welt

**GGG**  
Gesellschaft für Schulen und gemeinsame Lebenswelt

**LEB**  
Gem.Sch.



## Elterntag

Samstag,

1. Dezember 2018,

9.00h - 16.30h

Toni-Jensen-Gemeinschaftsschule  
Kiel

### Veranstalter:

Landeselternbeirat der  
Gemeinschaftsschulen in SH  
Thorsten Muschinski

0179/5658135 / [t.muschinski@lebsh.de](mailto:t.muschinski@lebsh.de)

GGG – Gemeinnützige Gesellschaft  
Gesamtschule

Landesverband Schleswig-Holstein,  
Gemeinschaftsschulverband

Dieter Zielinski

0431/18402 / [Diet\\_Ziel@t-online.de](mailto:Diet_Ziel@t-online.de)

Toni-Jensen-Gemeinschaftsschule  
SEB Vorsitzender René Hamdorf  
0173/5887546 / [hamdorf@elterntag-sh.de](mailto:hamdorf@elterntag-sh.de)

**IQ.SH**  
Institut für Qualitätsentwicklung  
an Schulen Schleswig-Holstein

In Kooperation:

## Presseerklärung der GGG zu den geplanten Veränderungen des Lehrkräftebildungsgesetzes

### **Bezug: Medien-Information des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur (MBWK) vom 3.7.18** **Verhängnisvolle Signale für die Gemeinschaftsschule**

Mit „Klare Signale an junge Menschen: Wer ein Lehramt anstrebt, weiß in Zukunft wieder, auf welche weiterführende Schulart ihn das Studium im Regelfall führt“ kündigte gestern Ministerin Prien einen Entwurf zu einem neuen Lehrkräftebildungsgesetz an. Das Sekundarschullehramt soll abgeschafft und durch ein Lehramt für Gymnasien und ein weiteres Lehramt für Gemeinschaftsschulen ersetzt werden.

Damit signalisiert die Ministerin eine Trennung der beiden Schulformen, die so nicht gegeben ist. Gemäß Schulgesetz ist die Gemeinschaftsschule eine Schulform, die alle Bildungsgänge beinhaltet und zu allen Abschlüssen führt. Folglich müssen auch an den Gemeinschaftsschulen hinreichend Lehrkräfte mit der Befähigung für den gymnasialen Bildungsgang eingesetzt werden.

In Schleswig-Holstein stehen mehr als 180 Gemeinschaftsschulen 99 Gymnasien gegenüber. Dies bedeutet, dass viele der für den gymnasialen Bildungsgang ausgebildeten Lehrkräfte künftig an einer Gemeinschaftsschule unterrichten werden. Wer dies ignoriert, streut den angehenden Lehrkräften Sand in die Augen.

Würde die Änderung so umgesetzt, wäre dies fatal für die Gemeinschaftsschulen. Das Signal hieße, die Gymnasien sind für die gymnasiale Bildung zuständig und die Gemeinschaftsschulen für den Rest. Dies wäre die Rückkehr zu einem eindeutig selektiven Schulsystem, das sich schon in der Vergangenheit, bestehend aus Gymnasien und Regionalschulen, nicht bewährt hat.

Das Lehrkräftebildungsgesetz ist in der vergangenen Legislaturperiode im Hinblick auf eine zeitgemäße Pädagogik zukunftsfähig gemacht worden. Dies rückgängig zu machen, kommt einer pädagogischen und bildungspolitischen Katastrophe gleich. Es schadet den Schülerinnen und Schülern, weil ein Teil der Lehrkräfte nicht angemessen ausgebildet wird, und es schadet den Lehrkräften, weil sie auf ihre wichtige Aufgabe nicht angemessen vorbereitet werden.

Dieter Zielinski  
Schwentinental, 4.7.2018

## **Stellungnahme zu den Bemerkungen 2018 des Landesrechnungshofes Schleswig-Holstein vom 20.4.2018**

### ***Aufruf zu einer sachlichen Analyse und bildungspolitischen Entscheidungen im Interesse der künftigen Generation***

In seinen insgesamt 223 Seiten umfassenden Bemerkungen geht der Landesrechnungshof u.a. im Kapitel „Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur“ auf „Neue Oberstufen an Gemeinschaftsschulen“ ein, und mahnt in diesem Kontext einen wirtschaftlichen Einsatz der eingesetzten Mittel ein. Da dies grundsätzlich für den Einsatz öffentlicher Mittel gilt, ist dem so zunächst nicht zu widersprechen. Allerdings sehen wir die Gefahr, dass der Bericht zu populistischen Verkürzungen und politischer Instrumentalisierung benutzt wird.

Die Analyse über die Bedeutung der Gemeinschaftsschulen für das Bildungssystem Schleswig-Holsteins muss deren gesamtes Leistungsspektrum in den Blick nehmen. Das Angebot von Gemeinschaftsschulen hat dazu geführt, die Qualität der Bildungsabschlüsse in Schleswig-Holstein insgesamt zu verbessern, dies gilt insbesondere für die Steigerung der Abiturientenzahl. Damit werden die Chancen der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt erhöht und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem internationalen Markt verbessert. Angesichts dieser Situation kann niemand eine Verknappung des Angebots wollen. Eine Öffnung und Erweiterung des Zugangs zum Abitur sollte weiter auf der Agenda stehen.

Gemeinschaftsschulen leisten den Hauptbeitrag zur Integration geflüchteter junger Menschen und zur Inklusion. Was das für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft bedeutet, kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Warum das Gymnasium sich hier in einer privilegierten Stellung befindet und nur einen geringen Beitrag leistet, wird kaum hinterfragt. Kaum hinterfragt worden ist auch, dass die Rückwandlung des Gymnasiums von einem achtjährigen in einen neunjährigen Bildungsgang einen höheren zweistelligen Millionenbetrag an Kosten verursachen wird. Ebenso wenig ist hinterfragt worden, mit welcher Berechtigung den Gymnasien für diesen Umwandlungsprozess in den nächsten Jahren 44 Lehrkräftestellen zur Verfügung gestellt werden.

Ausgaben für Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Allein betriebswirtschaftliche Bewertungen greifen zu kurz. Leistungen und Erwartungen an das Bildungssystem sind gesellschaftlich zu diskutieren und letztlich politisch zu entscheiden. Alle Heranwachsenden haben einen Rechtsanspruch auf eine optimale Bildung. Nur mit gut ausgebildeten Menschen kann die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft und Gesellschaft gesichert werden. Ob dies durch das dem aktuellen Schulsystem zugrundeliegende Regelwerk zu bewerkstelligen ist, muss vor dem Hintergrund der vielen vorhandenen Baustellen bezweifelt werden. Auch wenn wir nicht alle Gedanken im Bericht des Landesrechnungshofes teilen, so erhellt er, dass Handlungsbedarf besteht. Daher unterstützen wir die Initiative zur Einrichtung eines „Bildungsrates für Bildungsgerechtigkeit“, von dem wir uns Anregungen für eine Weiterentwicklung unseres Schulsystems erwarten. Die GGG ist bereit, sich an einem entsprechenden Bildungsdialog in Schleswig-Holstein zu beteiligen.

Dieter Zielinski

### Presseerklärung des Landesvorstandes der GGG zur Landtagsdebatte vom 27.4.2018

Mit Bedauern und Sorge hat der Landesvorstand der GGG in seiner Vorstandssitzung vom 2.5.18 zur Kenntnis genommen, dass der von der Fraktion der SPD im Schleswig-Holsteinischen Landtag eingebrachte Antrag „Alle Wege zum Abitur offenhalten“ am 27.4.18 keine Mehrheit im Landtag gefunden hat. Vor dem Hintergrund der von der Landesregierung auf den Weg gebrachten und beabsichtigten schulpolitischen Veränderungen befürchtet die SPD eine Rückentwicklung der Gemeinschaftsschule zur ehemaligen Regionalschule. Gemäß dem Antrag sollte die Landesregierung einen Maßnahmenkatalog entwickeln, mit dem der Erhalt der Bildungswege zum Abitur in der Fläche auch außerhalb der Gymnasien gefördert und einer strukturellen Benachteiligung der Gemeinschaftsschulen entgegengewirkt werden sollte. Diesem Antrag setzen die Regierungsfractionen die Formulierung entgegen, dass der Landtag anerkennt, „dass Gemeinschaftsschulen mit ihrer heterogenen Schülerschaft einen wichtigen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit leisten und wie bisher besondere Unterstützung benötigen, um alle Schülerinnen und Schüler individuell fördern und fordern zu können.“

Für uns ist dies eine Erklärung zum „weiter so“. Und das trotz der katastrophalen Bewertung, die der Schulpolitik der Landesregierung jüngst in einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Infratest dimap attestiert worden ist. **60% der Befragten zeigten sich mit ihr unzufrieden.**

Insbesondere muss sich die Fraktion Bündnis90/Die Grünen fragen lassen, warum viele der bildungspolitischen Entscheidungen, die sie in der vergangenen Legislaturperiode noch initiativ mitgetragen hat, jetzt für sie nicht mehr gelten. Ausschlaggebend sind nicht die Bezeichnungen der Schularten, sondern die dahinter stehenden Orientierungen. Aus einem System mit zwei gleichberechtigten Schularten entwickelt die Regierungskoalition ein selektives Schulsystem mit einer deutlichen Hierarchie.

Die Gemeinschaftsschulen werden auf Dauer nur dann in Konkurrenz zum Gymnasium bestehen können, wenn die gesellschaftlich zu bewältigenden Aufgaben gerecht auf alle Schulen bzw. Schularten verteilt werden, und wenn dafür gesorgt wird, dass sie Schulen der Vielfalt, die möglichst der gesellschaftlichen Heterogenität entsprechen, bleiben bzw. wieder werden können.



1. Leserbrief von Klaus Stamm, Kiel in den Kieler Nachrichten vom 13.4.2018

## **Lehrer sind Lehrer**

### **Reform der Lehrerausbildung**

Allein der Ausdruck „Wir wollen die Profile der Hochschulen schärfen“ ist ja ein Witz. Schärfen kann man die Profile durch eine gesunde Konkurrenz. Was da geplant ist, ist eine Art Bildungsbulimie, die Unis müssen sich die ausbildungsbezogenen Laufbahnen abhungern. Die Elite nach Kiel - die Anderen nach Flensburg. Lehrer sind Lehrer - ihre Ausbildung sollte nichts, aber auch gar nichts mit der „Schulform“, sondern nur mit den Bedürfnissen unserer Kinder nach bestmöglicher Ausbildung zu tun haben.

Nichts ist inhaltlich begründet, nichts an dieser sogenannten Reform zeigt Wege einer zeitgemäßen pädagogischen Lehrerausbildung.

2. **bildungsklick** vom 10.7.2018

Urteil

### **„Wir wollen und werden die Inklusion weiterentwickeln“**

Die Klage der Schulleiterin des Gymnasiums Horn gegen die Stadtgemeinde Bremen, dass die Aufnahme von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Bereich Wahrnehmung und Entwicklung rechtswidrig sei und die Klägerin in ihren Rechten verletze, wurde vom Verwaltungsgericht abgewiesen, weil der Klägerin keine Klagebefugnis zusteht.

...

Obwohl es die Klage bereits als unzulässig abgewiesen hat, führte das Verwaltungsgericht in der Urteilsbegründung zudem aus, dass es die Einrichtung von Inklusionsklassen auch an Gymnasien generell als rechtmäßig erachtet.

...

„Alle Schulen haben nach dem Bremischen Schulgesetz den Auftrag inklusiv zu beschulen. Das gilt für alle Schulformen, somit auch für die Gymnasien. Das Gericht hat unsere Auffassung mit dem jetzt vorliegenden Urteil bestätigt. Inklusion ist eine Frage der Haltung und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die in vielen bremischen Schulen bereits gelebt wird. Die Akzeptanz in den Kollegien, bei den Eltern und besonders bei den Jugendlichen und Kindern ist in Bremen sehr groß. Ich freue mich sehr darüber. Menschen mit sonderpädagogischem Förderbedarf haben ein Recht auf Teilhabe und Inklusion. Dabei geht es nicht darum, dass alle Jugendlichen das Abitur erreichen müssen, sondern auch Werte und Rechte vermittelt bekommen. Wenn alle Menschen dabei sein können, ist es normal verschieden zu sein. Das zu sehen und zu erleben gehört zur sozialen Kompetenz“, sagt Dr. Claudia Bogedan, Senatorin für Kinder und Bildung.